N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 30. März 2012, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Backes, Böttcher, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk
CDU:	Brunnet, Heck, Jannasch, Kissel, Muth, Pfalz, Range, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stompfe, Stötzel, Vaupel
GRÜNE:	Busch, Göttling, Messik, Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz
Marburger Linke:	Adsan, Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske
FDP:	Sawalies, Wüst
MBL:	Dr. Uchtmann
BFM	Suntheim-Pichler
PIRATEN	Klee

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Oppermann
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:
Stadtverordnete Kaufmann, (CDU), Dr. Baumann, Dorn, Flohrschütz, (B90/Die Grünen), Becker, (MBL), Ehrenamtliche Stadträte Hertlein, Reinhard und Sprywald

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:14 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Anschließend bedankt sich der Stadtverordnetenvorsteher im Namen des gesamten Hauses bei dem anwesenden Pressereferenten des Magistrats Herrn Rainer Kieselbach, der heute nach 45 Dienstjahren letztmalig an einer Stadtverordnetenversammlung teilnimmt. Er wünscht für die Zukunft weiterhin alles Gute.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 24. Februar 2012 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche aus dem Hause werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegt ein **Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke zum Tagesordnungspunkt 19.13 Stellenplanabbau am Universitätsklinikum Gießen und Marburg** vor.
Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt vor, diesen Änderungsantrag als dringlichen Antrag zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen und zusammen mit den Tagesordnungspunkten 19.4 und 19.13 zu beraten. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. **Der Antrag wird als Tagesordnungspunkt 19.22 einvernehmlich in die Tagesordnung aufgenommen.** Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Weiterhin liegt zur Tagesordnung ein dringlicher Antrag der MBL-Fraktion vor betr. Stellungnahme des Oberbürgermeisters der Universitätsstadt Marburg zu Presseberichten über Spenden an die Marburger SPD und einen möglichen Zusammenhang mit dem Wahlkampf der Partei und des Oberbürgermeisters VO/1124/2012

Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Rink (SPD). In der anschließenden Abstimmung unterstützen 6 Stadtverordnete die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3-Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der dringliche Antrag soll im üblichen Geschäftsordnungsverfahren im April (Haupt- und Finanzausschuss) beraten werden. Der Stadtverordnete Severin (SPD) beantragt eine Abschrift der Tonaufzeichnung des Wortbeitrages des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL).

Weiterhin zur Tagesordnung:

Die Stadtverordnete Bauder-Wöhr (Marburger Linke) beantragt die Absetzung des **Tagesordnungspunktes 10**

Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
- Bebauungsplan Nr. 8/29 Klinik Sonnenblick
- Bericht über das Ergebnis der Prüfung, der während der öffentlichen Auslegung der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss
- Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes
Vorlage: VO/1012/2012

und begründet dies.

Der Oberbürgermeister spricht sich für den Magistrat gegen die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes aus.

In der anschließenden Abstimmung fasst die Stadtverordnetenversammlung bei Ja-Stimmen von Marburger Linke, CDU, MBL und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 10 wird abgelehnt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt einen Überblick über die Tagesordnung, die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen und Aussprachen.

Somit gilt die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 1 03/2012)
Vorlage: VO/1130/2012

Können an der Straße „Krummbogen" an 3 Stellen (Bushaltestelle Ortenbergcenter; Kreuzung Krummbogen/Rudolf Bultmann Straße;

Kreuzung Überführung und Ludwig-Schüler-Park) vom DBM Mülleimer aufgestellt werden?

Des weiteren wäre es gut, wenn einmal dort im Gebüsch auf dieser Strecke der Müll aufgesammelt wird, damit die Menschen, die dort entlanglaufen, nicht ihren Müll ins Gebüsch schmeißen (weil dort ja schon ganz viel liegt), sondern in den Mülleimer? Denkbar wäre hier auch eine Art Frühjahrsputz, wie es der Ortbeirat Michelbach am 24.03. in der Gemarkung Michelbach durchführen wird.

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Anregungen zur Aufstellung von zusätzlichen Papierkörben wurden vor Ort geprüft. Da diese Vorschläge sich als sehr sinnvoll erwiesen haben, werden diese 3 Gefäße seitens DBM noch vor Ostern (bis Ende der KW 14) aufgestellt und in den regelmäßigen Papierkorbleerungsplan aufgenommen.

Im Bezug auf die Sauberkeit findet dort ebenfalls noch vor Ostern eine gründliche Reinigung ("Frühjahrsputz") durch den DBM statt. Ab dann ist dieser Bereich auch im Sommerreinigungsplan (bis Ende Oktober) des DBM enthalten und wird daher auch häufiger gesäubert.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 2 03/2012)
Vorlage: VO/1131/2012

In der B3a Unterführung (und auch an Bauzäunen an der Mensa) vom Radweg zur Phil-Fak hängen immer sehr viele Plakate. Ist dies dort gestattet? Werden Ordnungsmaßnahmen diesbezüglich dort unternommen, weil es dort vermehrt vorkommt, dass die Plakate heruntergerissen werden und angezündet werden. Des Weiteren musste der DBM schon die Plakate einmal komplett entfernen.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In einer großen Aktion wurden Ende 2008 im Stadtgebiet diverse illegale Anschlagstellen gereinigt und mit Verbotsschildern versehen. An nahezu allen Stellen wurde durch die Beschilderung und regelmäßige Kontrollen eine gewisse Nachhaltigkeit erreicht. Einzige Ausnahme bildet die Unterführung der B3a zur Phil-Fak. Hier war innerhalb kürzester Zeit der ursprüngliche Zustand wieder vorzufinden. Auch eine erneute Entfernung der Plakate brachte nur sehr kurzfristigen Erfolg.

Der Tunnel wird durch den DBM regelmäßig gereinigt und abgerissene Plakate werden entfernt. Feuer durch angezündete Plakate sind bei der Feuerwehr nicht bekannt. Einmal wurde ein kleiner Aschehaufen entdeckt, der jedoch nicht mit einer absichtlichen Entzündung der dort hängenden Plakate in Verbindung gebracht werden konnte.
Beschwerden über diese Situation gibt es bisher nicht.

Auf Grund der geschilderten Umstände und der örtlichen Lage wurde im Sinne

der Verhältnismäßigkeit auf weitere Maßnahmen verzichtet.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 3 03/2012)
Vorlage: VO/1132/2012

Der Magistrat wird um Auskunft gebeten, ob und welche Schüler/innen-Projekte es gibt und an welchen Schulen mit welchem Erfolg bei der Müllbeseitigung an Straßenrändern, insbesondere an Autobahnaus- und -einfahrten, vorgegangen wird.

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Dienstleistungsbetrieb der Universitätsstadt Marburg (DBM) beabsichtigt in diesem Jahr folgende Aktionstage durchführen:

1. "Sauberhafter Frühlingsputz" am 24.03.2012

2. "Sauberhafte Lahn" - noch keine Terminierung

3. "Sauberhafter Schulweg" am 26.06.2012
   Projekte der 6. und 7. Klassen

4. "Sauberhafter Kindertag" am 12.09.2012
   Kindergarten- und Kindertagesstättentag

5. "Sauberhafter Geschäftstag" am 12.10.2012

Bei den Schul- und Kindertag-Projekten werden mit Unterstützung des DMB die Wege zu den jeweiligen Einrichtungen gesäubert.
Die Säuberung an Autobahnaus- und -einfahrten durch Schüler/innen-Projekte ist aufgrund der Gefährlichkeit nicht geeignet.
Zudem ist für die Müllbeseitigung an Autobahnaus- und -einfahrten das Amt für Straßenverkehrswesen (ASV) neuer Name: Hessen Mobil zuständig.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 4 03/2012)
Vorlage: VO/1133/2012

Viele Marburger/innen, die in der Oberstadt leben, nutzen gerne das Fahrrad. Allerdings erschweren manchmal die recht steilen Steigungen, wie beispielsweise in der Reitgasse oder am Steinweg, das Fahrradfahren. Daher wird die Möglichkeit, in den Aufzügen Fahrräder mitnehmen zu können, zuweilen sehr geschätzt. Hält es der Magistrat daher für sinnvoll, z.B. durch eine entsprechende Beschilderung wie etwa „Fahrradmitnahme

erlaubt" um mehr Verständnis für die Fahrradfahrer/innen bei den anderen Aufzugsnutzer/innen zu werben?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die seit einigen Jahren akzeptierte Mitnahme von Fahrrädern in den Aufzügen hat sich aus Sicht des Magistrats bewährt. Nur gelegentlich gab es Beschwerden von anderen Nutzern und Nutzerinnen, die sich von undisziplinierten Radfahrer/inne/n belästigt fühlen. Gelegentliche Beschwerden gibt es auch über Rauchen, Trinken und Essen in den Aufzügen.
Mit einem Hinweis, z. B im Schaukasten am oberen Einstieg zum Oberstadtaufzug, der allein auf die Möglichkeit der Fahrradmitnahme hinweist, wird die erforderliche gegenseitige Rücksichtnahme nicht verbessert. Daher werden wir einen Hinweis erarbeiten, mit dem auf die Mitnahmemöglichkeit und auf das Erfordernis gegenseitiger Rücksichtnahme hingewiesen wird.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 5 03/2012)
Vorlage: VO/1134/2012

Wo und wie wird der Marburger Restmüll entsorgt und wie hoch sind die Entsorgungskosten pro Tonne?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Entsorgung des in Marburg anfallenden Restmülls fällt ebenso wie in den anderen Städten und Gemeinden des Landkreises Marburg-Biedenkopf in die Zuständigkeit des Landkreises. Dieser hat dafür die Abfallwirtschaft Lahn-Fulda (ALF), früher Betrieb für Abfallwirtschaft (Befa), zusammen mit dem Schwalm-Eder-Kreis gegründet.

Der Restmüll wird im Müllheizkraftwerk (MHKW) in Kassel entsorgt. Bei dem Prozess werden Wärme und Energie erzeugt. Außerdem werden aus dem dort ebenfalls angelieferten Sperrmüll Wertstoffe, wie z.B. Holz, separiert und einer stofflichen Verwertung zugeführt.

Der Kreis berechnet den Städten und Gemeinden für eine Tonne Restmüll 197,00 Euro. In dieser Gebühr sind neben den Entsorgungskosten im MHKW Kassel weitere abfallwirtschaftliche Dienstleistungen, wie der Betrieb der Müllumladestation in Wehrda oder der Transport des Restmülls nach Kassel, enthalten.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 6 03/2012)

Vorlage: VO/1135/2012

Wann wird die Randstreifenbefestigung des Waldweges von Bauerbach zur Panoramastraße durchgeführt, die 2010 mehrheitlich in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In den Jahren 2005, 2007, 2010 und 2011 hat der Fachdienst Tiefbau im Rahmen seiner wirtschaftlichen und vergaberechtlichen Möglichkeiten Bauarbeiten zur Befestigung der Randstreifen entlang des Verbindungsweges zwischen den Lahnbergen und Bauerbach nach Bedarf ausführen lassen.

Bis heute fehlt noch ein Teilabschnitt von ca. 400 m auf der nordöstlichen Straßenseite, unterhalb der rechtwinkligen Kurve auf den Lahnbergen. Die Umsetzung soll im Laufe des Jahres 2012 erfolgen.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 7 03/2012) Vorlage: VO/1136/2012

Weshalb ist der Poller am Straßeneingang „Zwischenhausen" häufig nachts abgesenkt und eine Durchfahrt für motorisierte Verkehrsmittel problemlos möglich? Von Anwohnerinnen und Anwohnern ist zu hören, dass nächtliche Lärmbelästigungen durch den lauten Durchgangsverkehr die Regel geworden sind.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Befahren der Straße Zwischenhausen ist nachts durch die dort vorhandene Beschilderung für Kraftfahrzeuge verboten.

Um das unberechtigte Befahren zu verhindern, wurden seinerzeit Hydropoller am Beginn der Straße eingebaut. Diese Hydropoller sind defekt und können nicht mehr repariert werden, da die dafür notwendigen Ersatzteile nicht mehr lieferbar sind.

Da sich die Verkehrssituation in Zwischenhausen gegenüber dem Zeitpunkt, als die Poller seinerzeit eingebaut wurden, geändert hat und heute mit anderen Straßen in Marburg vergleichbar ist, ist derzeit der Einbau neuer Poller nicht vorgesehen.

Um die Akzeptanz der nächtlichen Sperrung zu erhöhen, führt die Verkehrsüberwachung gelegentliche Durchfahrkontrollen durch.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 8 03/2012) Vorlage: VO/1137/2012

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, zu welchem Datum die Stelle des Sozialplaners in der Marburger Stadtverwaltung besetzt wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Stellenbesetzungsverfahren wurde kürzlich abgeschlossen. Da eine interne Bewerberin ausgewählt wurde, bedarf der konkrete Zeitpunkt der Stellenbesetzung der Absprache innerhalb des betreffenden Fachbereichs Arbeit, Soziales und Wohnen.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Sollwedel (Nr. 9 03/2012) Vorlage: VO/1138/2012

Die Marburger Burschenschaft Rheinfranken dokumentiert mit Filmen auf UTUBE einige Aktivitäten der letzten Jahre. So sind unter anderem die Vorträge von Ignaz Bubis, Arnulf Baring, Franz Schönhuber und Horst Mahler bei den Rheinfranken jeweils auszugsweise auf Videos nachzuverfolgen.
Auch den Marburger Marktfrühschoppen bilden die Rheinfranken in ihren Videos mehrfach ab. Die Dokumentation des Markfrühschoppens 2011 zeigt hunderte von Einzelbildern. Wie erklärt der Oberbürgermeister, dass diese Einzelfotos offensichtlich von einem Fenster des Rathauses aus aufgenommen worden sind?
Wer hat den Rheinfranken hierfür die Erlaubnis erteilt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Marburger Rathaus ist ein offenes Haus. Auch bei Veranstaltungen wie dem Marktfrühschoppen ist das Haus offen zugänglich.
Eine Person kann also ins Rathaus gehen und im ersten Stock aus dem Fenster fotografieren.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Sollwedel (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 10 03/2012) Vorlage: VO/1139/2012

Wie ist der aktuelle Beratungsstand zur Überarbeitung der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Rahmen der Ortsvorsteher/innen-Konferenz am 12. Januar 2012 wurde vereinbart, die Änderungswünsche des Ortsbeirats Ockershausen und der Fraktion Marburger Linke zur bisherigen Geschäftsordnung der Ortsbeiräte allen Ortsbeiräten mit der Bitte um Beratung und Stellungnahme zuzuleiten. Dies ist geschehen.

Bisher haben 9 von 20 Ortsbeiräten eine Stellungnahme abgegeben.

Es ist zu berücksichtigen, dass manche Ortsbeiräte nur in größeren Abständen zu Sitzungen zusammenkommen und daher sicherlich demnächst noch Stellungnahmen eingehen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 11 03/2012)
Vorlage: VO/1152/2012

Hat es in letzter Zeit Veränderungen in der Qualität der Reinigung der Klassenräume in der Elisabethschule gegeben (Reinigungsintervalle, beauftragte Kräfte, Bezahlung usw.?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Richtwerte und Reinigungsintervalle im Rahmen der Unterhaltsreinigung an Schulen sind seit Jahren unverändert. Für die Elisabethschule gelten hier die gleichen Werte wie für die anderen Gymnasien. Eine Überprüfung dieser Standards für städtische Reinigungskräfte hatte ergeben, dass an der Elisabethschule teilweise weniger Flächen gereinigt wurden, als in der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit hätte gereinigt werden müssen. Zur Beseitigung dieser Ungleichbehandlung wurden die Aufgabenbereiche im Februar 2012 zum Teil neu geregelt.
Dadurch konnten die Fremdreinigungsflächen zu Lasten der Eigenreinigungsflächen etwas reduziert werden. Darüber hinaus hat es in 2010 und 2011 personelle Wechsel gegeben.

Beim Fachdienst Gebäudewirtschaft liegen keine Beschwerden vor, die auf einen Qualitätsverlust in der Reinigung der Klassenräume bzw. auf die Gesamtreinigung der Schule hinweisen.

Die Eingruppierung der städtischen Reinigungskräfte richtet sich unverändert nach der Entgeltgruppe 2 Ü Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD).

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 12

03/2012)
Vorlage: VO/1140/2012

Warum hat sich die Stadt Marburg auf der Kundgebung nach der großen Demonstration am Samstag in Vertretung des entschuldigten Oberbürgermeisters nicht in einem Redebeitrag des anwesenden Bürgermeisters, der abwesenden Sozialdezernentin oder Stadtverordnetenvorstehers im Interesse der Beschäftigten und Patienten des Klinikums positioniert?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es gab im Vorfeld der Demonstration keine Anfrage an den Oberbürgermeister, auf der Kundgebung nach der Demonstration zu sprechen. Da ich als Oberbürgermeister mit dem Betriebsrat des Klinikums in enger Verbindung stehe, habe ich der Betriebsratsvorsitzenden schriftlich mitgeteilt, dass ich aus dienstlichen Gründen nicht in Marburg bin und sie gebeten, auf der Kundgebung ein kurzes Grußwort von mir zu verlesen.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Thorsten Büchner (Nr. 13 03/2012)
Vorlage: VO/1153/2012

Auf dem Gelände der ehemaligen metallverarbeitenden Firma Petri im Stadtteil Gisselberg, Giessener Str. 5, wird seit Jahren kontaminiertes Grundwasser durch die HIM (Hessische Industriemüll GmbH) mit Hilfe von Pumpsystemen gereinigt. Wie ist der derzeitige Stand zu bewerten? Was ergaben die durchgeführten Messungen und in welchen Abständen werden die Anlieger darüber informiert?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die angesprochene Sanierung wird durch das Regierungspräsidium Gießen, Dez. 41.4 / Bereich: Grundwasserschadensfälle, Altlasten und Bodenschutz, betrieben. Die HIM ASG ist für das Land Hessen der Sanierer von solchen Altstandorten, für die es keinen Sanierungsverantwortlichen mehr greifbar gibt.

Die HIM-ASG wiederum hat die Firma AHU aus Aachen beauftragt, die Grundwassersanierung über Aktivkohlefilter durchzuführen.

Eine Einbindung der Stadtverwaltung besteht nur insoweit, als - wie vorliegend - erst auf eine Nachfrage hin Informationen über den Stand der Maßnahme gegeben werden.

Zum Sanierungsbeginn im Jahr 2007/2008 gab es eine gemeinsame Informationsveranstaltung, die auf Initiative der Stadtverwaltung zustande kam, danach wurde nach hier vorliegender Kenntnis keine weitere Veranstaltung durchgeführt. Über den Verlauf der Sanierung wird nach Angaben des Ingenieurbüros auf einer Tafel in Gisselberg informiert, wobei die Informationsqualität und die -aktualität von der Tätigkeit des Büros vor Ort abhängen.

Dem vorgelegten Sachstandsbericht zur Firma Petri (erstellt im Oktober 2011, der Stadtverwaltung per Email am 02.01.2012 zugesandt) geht hervor, dass bei einer Fördermenge von im Schnitt ca. 3600 m³ Grundwasser pro Monat die Belastung mit leichtflüchtigen halogenierten Kohlenwasserstoffen (LHKW) von ca. 8000 µg/m³ im Jahr 2008 auf etwa 500-600 µg/m³ gefallen ist.

Das Büro empfiehlt in diesem Sachstandsbericht auch auf Grund der stark schwankenden Werte eine Auskofferung des belasteten Bodens und Weiterbetrieb der Hydraulischen Sanierung.

Ein Abschluss der Sanierung ist nicht abzusehen.

Die Anfrage wird auch als Anlass genommen, dem Regierungspräsidium Giessen erneut eine Information in welcher Form auch immer für die Gisselberger Bürgerinnen und Bürger zu erstellen oder eine Informationsveranstaltung durchzuführen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Thorsten Büchner (Nr. 14 03/2012)
Vorlage: VO/1141/2012

Wie beurteilt der Magistrat die derzeitige Situation in Sachen „Bauruine", dem sogenannten „Wasserschloss" mitten im Ortskern von Gisselberg?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Auch der Magistrat ist über die durch die Bauruine im Ortskern von Gisselberg hervorgerufene Situation alles andere als erfreut. Die Stadt ist seit Jahren schon bemüht, das Eigentum am Grundstück in andere Hände zu überführen. Eine Kontaktaufnahme mit der Eigentümerin ist, da unbekannten Aufenthaltes, nicht möglich. Die Einleitung eines Zwangsversteigerungsverfahrens zum Zwecke der Überführung des Eigentums in städtische Hand wurde städtischerseits geprüft und auch unter Einbeziehung des Zwangsversteigerungsgerichts bisher als nicht erfolgversprechend betrachtet.

Bauordnungsrechtlich ist das Bauwerk nebst dazugehörigem Grundstück zuletzt im November vergangenen Jahres durch die städtische Bauaufsicht in Augenschein genommen worden. Eine vom Grundstück und Gebäude etwa ausgehende Gefahr für Passanten konnte nicht festgestellt werden.

Eine ergänzende Antwort wird durch den Oberbürgermeister vorgetragen.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 15 03/2012)

Vorlage: VO/1142/2012

Mit wie vielen Klagen der Eltern von U3-Kindern rechnet der Magistrat, wenn diese ab 2013 einen gesetzlichen Anspruch auf Kindertagesbetreuung haben?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Natürlich sind Klagen nicht auszuschließen. Wir erwarten aber keine Klagen und rechnen damit, dass in der Stadt Marburg zum August 2013 ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, da bedarfsgerecht ausgebaut wurde.

Aktuell stehen rd. 630 U-Plätze zur Verfügung, dies ist eine Versorgungsquote von 38%, mit den bis Ende 2013 umgesetzten weiteren Plätzen - im Bau. Krippe Marburg-Süd, Neubau Gerhart-Hauptmann-KiTa, geplant: Krippengruppe Waldtal-KiTa, Krippengruppe KiTa Damaschkeweg - werden rd. 700 Plätze vorhanden und die angestrebte Versorgungsquote von 42% erreicht sein. Angesichts dieser - auch im Vergleich mit anderen Groß- und Sonderstatusstädten - sehr guten Angebotslage gehen wir nicht davon aus, dass fehlende Plätze zu Klagen führen werden.

Auch die Erfahrung mit dem 1996 eingeführten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zeigte, dass die im Vorfeld befürchtete Klagewelle ausblieb. In Marburg hatten wir keine einzige Klage zu verzeichnen.

---

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 16 03/2012)
Vorlage: VO/1143/2012

Wie und in wie vielen Fällen leistet das Jugendamt Hilfe zur Erziehung bei Kindern psychisch kranker Eltern?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Merkmal psychische Erkrankung eines oder beider Elternteile wird in der ASD - Statistik nicht erhoben. In der Landesstatistik ist dieses Merkmal zwar vorhanden, dort allerdings in einer Reihe anderer Merkmale. Es ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich eine Auswertung anhand vorliegender Statistiken vorzunehmen. Die Alternative wäre eine Auswertung der Akten per Hand, was allerdings durch den damit verbundenen immensen Aufwand leider nicht zu leisten ist.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Philipp Stompfe (Nr. 17 03/2012)
Vorlage: VO/1154/2012

Gibt es Absichten des Magistrats, im Zuge der Campus-Entwicklung sowie im Zuge der Errichtung des Gutenberg-Centers zentrale Straßen der

Innenstadt wie Biegenstraße, Pilgrimstein oder Teile der Universitätsstraße für den PKW-Verkehr unzugänglich zu machen?

Es antwortet der Bürgermeister Dr. Kahle:

Es gibt keine Absichten, im Nordviertel oder im Südviertel oder auch in anderen Bereichen des Stadtzentrums Straßen für den PKW-Verkehr unzugänglich zu machen. Für die Elisabethstraße besteht nach wie vor die im Jahr 2001 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Zielsetzung, eine Umweltstraße einzurichten. In einer Umweltstraße sind Radverkehr, Fußgängerverkehr und Busverkehr allgemein zulässig.

Für den PKW-Verkehr könnte eine zeitliche Eingrenzung entsprechend der Praxis in der Oberstadt vorgenommen werden. Anlieger könnten die Straße uneingeschränkt nutzen. Es ist schon mehrfach in der Stadtverordnetenversammlung darüber beraten worden, dass das in 2001 festgelegte Ziel für die Elisabethstraße noch einmal vor dem Hintergrund der Campus-Entwicklung reflektiert und aktualisiert werden soll. Dazu ist das Büro BSV aus Aachen beauftragt worden. Es ist beabsichtigt, die aktualisierten Zielvorstellungen in einem intensiven Beteiligungsverfahren mit der Öffentlichkeit und bezogen auf die konkreten Straßenräume mit den Anliegern zu beraten, bevor die Stadtverordnetenversammlung eine Entscheidung über ein neues Zielkonzept trifft.
Im Zusammenhang mit dem Gutenberg-Center wird darüber nachgedacht, den aus der Tiefgarage abfließenden Verkehr direkt in die Universitätsstraße einzuleiten. Dadurch könnte die Schulstraße, die intensiv von Schülern und Schülerinnen frequentiert wird, entlastet werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Stompfe (CDU) und Köster (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 18 bis Nr. 28 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

---

zu 5 Benennung von vier Mitgliedern des Fahrgastbeirates Vorlage: VO/1046/2012

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke). Die Vorlage wurde in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten. Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen folgende Vorschläge der Fraktionen vor:

SPD-Fraktion
Thorsten Büchner
Johanna Seelig

CDU-Fraktion
Wieland Stötzel
Hermann Heck (Stellvertreter)

Bündnis 90/Die Grünen
Dorothea Micke

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt die von den Fraktionen vorgeschlagenen Mitglieder zu entsenden. Eine geheime Wahl wurde nicht beantragt.

Auch aus der Stadtverordnetenversammlung wird keine geheime Wahl beantragt. Somit lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Benennung der 4 zu entsendenden Mitglieder offen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung Marburg entsendet für den Fahrgastbeirat der Stadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf

Thorsten Büchner
Johanna Seelig
Wieland Stötzel
Dorothea Micke.

---

zu 6 Forensikbeirat
Hier: Entsendung eines Mitglieds der Fraktion B90/Die Grünen
Vorlage: VO/1085/2012

Diese Vorlage wurde ebenfalls in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten. Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske Marburger Linke.

Gemäß Vorlage ist für den Forensikbeirat als Nachrücker für den verstorbenen Stadtverordneten Wolfram Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) ein Stadtverordneter / eine Stadtverordnete zu entsenden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt die Stadtverordnete Elke Neuwohner als Mitglied für den Forensikbeirat vor.

Weitere Vorschläge wurden nicht vorgelegt. Eine geheime Wahl wurde nicht beantragt.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt die Stadtverordnete Elke Neuwohner in den Forensikbeirat zu wählen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt durch Handzeichen abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnete Elke Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen) wird in den Forensikbeirat entsandt.

---

zu 7 Wirtschaftsplan 2012 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/1099/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Magistratsvorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den beigefügten Wirtschaftsplan 2012 der Stiftung St. Jakob.

---

zu 8 Integriertes Klimaschutzkonzept für die Universitätsstadt Marburg Vorlage: VO/0910/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung.

Die Vorlage wurde auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dieser Magistratsvorlage.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Volz (Bündnis 90/Die Grünen), Köster (Marburger Linke), Brunnet (CDU), Dr. Musket (SPD), und für dem Magistrat Bürgermeister Dr. Kahle und Oberbürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Nein-Stimmen von CDU, FDP, MBL und BfM sowie bei Enthaltung von Marburger Linken und Piraten Partei folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vorgelegten Integrierten Klimaschutzkonzept für die Universitätsstadt Marburg und dessen Umsetzung zu.

Die Universitätsstadt Marburg wird auf Grundlage der im Klimaschutzkonzept gemachten Vorschläge ein Klimaschutz-Controlling (regelmäßige CO_2-Bilanzierung und Berichtswesen) aufbauen.

---

zu 9 Schulorganisation der Friedrich-Ebert-Schule und der Theodor-Heuss-Schule Vorlage: VO/0979/2012

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordnete Dinnebier (SPD), Köster (Marburger Linke), Range (CDU) und Seitz (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, BfM und FDP, Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Enthaltung von MBL und Piraten Partei folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf der Grundlage der §§ 144 a, 145 und 146 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) vom 14. 06.2005 in der derzeit gültigen Fassung und i. V. m. den nachfolgend genannten Bestimmungen dieses Gesetzes:

1. **Die FES und die THS, beide verbundene Haupt- und Realschulen mit Förderstufe, werden antragsgemäß auf der konzeptionellen Grundlage des genehmigten Schulversuchs ab 01.08.2012 in eine Mittelstufenschule gem. § 23 c HSchG umgewandelt.**

   Die Unterrichtung nach den Vorgaben der Mittelstufe soll bereits im ersten Schritt die Jahrgangsstufen 5 – 8 umfassen und sich dann jahrgangsweise in den folgenden Schuljahren fortsetzen.

2. **Beide Schulen werden organisatorisch zu einer Verbundschule im Aufbau zusammengeführt (§ 11 Abs. 8 HSchG).**
   Zum Schuljahr 2012/13 erfolgt die gemeinsame Unterrichtung der Jahrgangsstufe 5 am Standort der Theodor-Heuss-Schule.

   Weitergehende Entscheidungen werden erst im Rahmen der anstehenden Schulentwicklungsplanung und im Prozess der Zusammenführung beider Schulen getroffen (Standortfragen, Schulleitungsaufgaben, Schulbezeichnungen usw.).

3. **Der Schulentwicklungsplan der Universitätsstadt Marburg für die allgemeinbildenden Schulen, Teilplan C – Sekundarstufe I – aus 1994 wird gem. § 145 Abs. 5 und 6 HSchG entsprechend fortgeschrieben.**

---

zu 10 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
- Bebauungsplan Nr. 8/29 Klinik Sonnenblick
- Bericht über das Ergebnis der Prüfung, der während der öffentlichen Auslegung der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss
- Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes
Vorlage: VO/1012/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Aussprache spricht die Stadtverordnete Bauder-Wöhr (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und der Piraten Partei und bei Ja-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

1) Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:
   a) Die unter den Nummern 1, 2 und 4 angeführten Stellungnahmen werden berücksichtigt.
   b) Die unter der Nummer 3 angeführte Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt.
   c) Die unter der Nummer 5 angeführte Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.

   Die Grundzüge der Planung werden hiervon nicht berührt.

2) Der Bebauungsplan Nr. 8/29 „Klinik Sonnenblick“ wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

3) Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 8/29 „Klinik Sonnenblick“ werden als Gestaltungssatzung gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) beschlossen.

Während der Beratung hat von 18:32 Uhr bis 18:45 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung übernommen.

---

zu 19.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Universitäts Klinikum Gießen Marburg UKGM Vorlage: VO/0966/2012

TOP 19.13 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktion betr. Stellenabbau am Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKMG) ist zu verhindern VO/1070/2012

TOP 19.22 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Universitätsklinikum Gießen Marburg VO/1157/2012

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft alle Anträge zum Universitätsklinikum Gießen und Marburg zur gemeinsamen Beratung auf. Zunächst folgen die Ausschussberichte.

Zu Top 19.4

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Annahme dieses Antrages.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Zu TOP 19.13

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Zum TOP 19.13 lag dem Sozialausschuss ein schriftlicher Änderungsantrag der CDU-Fraktion sowie ein schriftlicher Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor. Dieser Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat folgenden Text:

(die Textänderungen sind nachfolgend durch Unterstreichung gekennzeichnet)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die angekündigte Stellenstreichung am Universitätsklinikum Gießen-Marburg. Sollte diese Stellenkürzung Wirklichkeit werden, so bedeutet dies nicht nur einen Verlust von Arbeitsplätzen in der Region, sondern kann auch zu einer Einschränkung des medizinischen Angebotes als auch der Qualität der stationären Versorgung führen.
Der Magistrat wird daher beauftragt, sich bei Landtag und Landesregierung dafür einzusetzen
1. dass die Landesregierung die Leitung des Rhön-Konzerns, insbesondere der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Pföhler auffordert, den vorgesehenen Personalabbau von insgesamt bis zu 500 Stellen zu unterlassen. Das Klinikum braucht nicht weniger, sondern mehr Personal, vor allem im Pflege- und ärztlichen Bereicht. Insbesondere soll darauf gedrungen werden, dass bis zu einer einvernehmlichen Lösung kein weiterer stillschweigender Personalabbau stattfindet, sondern Stellen, deren Verträge auslaufen, neu oder weiter besetzt werden.
2. dass sich die Landesregierung für eine gesetzliche Regelung qualitativer und quantitativer Personal-Mindeststandards an den Kliniken einsetzt, um bessere Arbeitsbedingungen und eine sichere Versorgung der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten.
3. dass sie für alle diejenigen Beschäftigten, die auf Grund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Land zurückkehren, betriebsbedingte Kündigungen und Änderungskündigungen ausschließt und eine wohnortnahe Weiterbeschäftigung zusichert.

Die CDU-Fraktion hat erklärt, die formulierten Änderungen zu übernehmen. Dem so geänderten Ausgangsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind die

Fraktionen von CDU, Marburger Linke und Piraten Partei beigetreten. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung.

Aussprache wurde angemeldet.

Nach dem Ausschussbericht sind auch die Fraktionen von MBL, FDP und BfM dem so geänderten Antrag beigetreten.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Böttcher (SPD), Stompfe (CDU), Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), Schalauske (Marburger Linke) und Hesse (SPD). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die einzelnen Vorlagen abstimmen.

Zu TOP 19.4:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, in Gesprächen mit der Rhönklinikum AG und dem Land Hessen darauf hinzuwirken, dass denjenigen Beschäftigten des Universitätsklinikums Gießen-Marburg (UKGM), die infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts eine Rückkehr in den Dienst des Landes Hessen erwägen,

1. **eine umfassende individuelle Beratung zuteil wird und dass ihnen, falls sie sich für die Rückkehr entscheiden, diese ihnen**
2. **ohne Gefährdung des Arbeitsplatzes,**
3. **ohne andere Nachteile,**
4. **mit Nachteilsausgleich,**
5. **in weitest möglichem personellem Umfang,**
6. **unter Vermeidung von Ungleichbehandlung der verschiedenen Beschäftigtengruppen**

ermöglicht wird.

Zu TOP 19.13 (Antrag aller Fraktionen):

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die angekündigte Stellenstreichung am Universitätsklinikum Gießen-Marburg. Sollte diese Stellenkürzung Wirklichkeit werden, so bedeutet dies nicht nur einen Verlust von Arbeitsplätzen in der Region, sondern kann auch zu einer Einschränkung des medizinischen Angebotes als auch der Qualität der stationären Versorgung führen.
Der Magistrat wird daher beauftragt, sich bei Landtag und Landesregierung dafür einzusetzen

1. dass die Landesregierung die Leitung des Rhön-Konzerns, insbesondere der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Pföhler auffordert, den vorgesehenen Personalabbau von insgesamt bis zu 500 Stellen zu unterlassen. Das

Klinikum braucht nicht weniger, sondern mehr Personal, vor allem im Pflege- und ärztlichen Bereicht. Insbesondere soll darauf gedrungen werden, dass bis zu einer einvernehmlichen Lösung kein weiterer stillschweigender Personalabbau stattfindet, sondern Stellen, deren Verträge auslaufen, neu oder weiter besetzt werden.

2. dass sich die Landesregierung für eine gesetzliche Regelung qualitativer und quantitativer Personal-Mindeststandards an den Kliniken einsetzt, um bessere Arbeitsbedingungen und eine sichere Versorgung der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten.

3. dass sie für alle diejenigen Beschäftigten, die auf Grund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Land zurückkehren, betriebsbedingte Kündigungen und Änderungskündigungen ausschließt und eine wohnortnahe Weiterbeschäftigung zusichert.

Zu TOP 19.22 – Antrag der Fraktion Marburger Linke:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke und Piraten Partei sowie Nein-Stimmen von CDU, FDP, MBL und BfM folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg (UKGM) rückgängig zu machen.

---

zu 19.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Entwicklung des Windkraftstandortes Marburg-Wehrda Vorlage: VO/0618/2011

TOP 19.8 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Entwicklung von Modellen zur finanziellen Beteiligung der Marburger Bürgerinnen und Bürger an Windenergieanlagen VO/1000/2012

Beide Tagesordnungspunkte werden zusammen aufgerufen und beraten.

Zunächst folgen die Ausschussberichte:

Zu TOP 19.1

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Im Umweltausschuss wurde der Antrag wie folgt neu gefasst:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird aufgefordert, eine Einschätzung für die weitere Entwicklung des Windkraftstandorts Wehrda

unter Einbeziehung der noch offenen Bewertung vom RP abzugeben. Dabei sollen folgende Fragen vorrangig geprüft werden:

- **Kann durch ein Repowering der Windkraftstandort Wehrda optimiert werden?**
- **Können weitere Windkrafträder der neuen Generation - deren Rotordurchmesser oberhalb der jetzt installierten Windkrafträder liegt - zu einer zusätzlichen Nutzung der vorhandenen Windenergie beitragen?**

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

In der Sitzung am 20. März hat der Umweltausschuss die entsprechende Stellungnahme des Ortbeirates Wehrda zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 19.8

Für den Umweltausschuss berichtet ebenfalls die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Im Umweltausschuss hat die Fraktion Marburger Linke den folgenden Änderungsantrag gestellt:

Der Magistrat wird gebeten, unter Federführung der Stadtwerke Marburg geeignete Modelle zur finanziellen Bürgerbeteiligung an der Errichtung und dem Betrieb von Windkraftanlagen in Marburg und der Region zu erarbeiten. Dabei sollen die Modelle so gestaltet werden, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichen Anlagebedürfnissen und -möglichkeiten, auch mit kleinen Anlagebeträgen am Ausbau der Windenergiegewinnung beteiligen können.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Zum Antrag in der ursprünglichen Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Aussprache wurde angemeldet.

Der Tagesordnungspunkt ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Im Haupt- und Finanzausschuss hat die Fraktion Marburger Linke beantragt, den ersten Satz des Beschlusstenors wie folgt zu fassen:

Der Magistrat beauftragt die Stadtwerke, geeignete Modelle zur finanziellen Bürgerbeteiligung an der Errichtung und dem Betrieb von Windkraftanlagen in Marburg und der Region zu erarbeiten.

Der Ausschuss empfiehlt diesen Änderungsantrag abzulehnen. Zum ursprünglichen Antrag hat der Ausschuss die Zustimmung empfohlen.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Volz (Bündnis 90/Die Grünen) und Schalauske (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht der Bürgermeister.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Vorlagen getrennt abstimmen.

Beschluss zu TOP 19.1

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten Partei, Nein-Stimmen von CDU, MBL und BfM und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird aufgefordert, eine Einschätzung für die weitere Entwicklung des Windkraftstandorts Wehrda unter Einbeziehung der noch offenen Bewertung vom RP abzugeben. Dabei sollen folgende Fragen vorrangig geprüft werden:

- **Kann durch ein Repowering der Windkraftstandort Wehrda optimiert werden?**
- **Können weitere Windkrafträder der neuen Generation - deren Rotordurchmesser oberhalb der jetzt installierten Windkrafträder liegt - zu einer zusätzlichen Nutzung der vorhandenen Windenergie beitragen?**

Beschluss zu TOP 19.8

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Fassung aus dem Umweltausschuss abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU, Nein-Stimmen der MBL und Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, unter Einbeziehung der Stadtwerke Marburg geeignete Modelle zur finanziellen Bürgerbeteiligung an der Errichtung und dem Betrieb von Windkraftanlagen in Marburg und der Region zu erarbeiten.
Dabei sollen die Modelle so gestaltet werden, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichen Anlagebedürfnissen und -möglichkeiten, auch mit kleinen Anlagebeträgen am Ausbau der Windenergiegewinnung beteiligen können.

---

zu 19.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verlängerung der Öffnungszeiten im Hallenbad Wehrda Vorlage: VO/0776/2011

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag ausführlich beraten. Der Stadtverordnete Schalauske (Marburger Linke) ändert für seine Fraktion den Antrag in der Weise ab, dass der zweite Spiegelstrich entfällt und der Antrag in folgender Fassung abgestimmt wird:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die öffentlichen Öffnungszeiten des Hallenbades in Wehrda versuchsweise zu verlängern und zwar:

- **am Samstag und Sonntag (sofern kein Frauenschwimmen ist) auch von 13 bis 18 Uhr**

In dieser Fassung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss jedoch die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke), Vaupel (CDU) und Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Ja-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 11 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg Bebauungsplan Nr. 4/6 Universitätsstraße - Satzungsbeschluss des Bebauungsplans Vorlage: VO/1051/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Bebauungsplan Nr. 4/6 „Universitätsstraße“ mit Begründung wird gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

---

zu 12 Bauleitplanung der Stadt Marburg Antrag auf Bebauung des Bereiches "Sonnenhang/Auf der Eich" im Stadtteil Marbach Vorlage: VO/1065/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Annahme dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. **Für den Bereich „Sonnenhang/Auf der Eich“ soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden mit dem Ziel, Wohnbauland auszuweisen.**

2. **Die Erarbeitung des Bebauungsplans soll im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages über einen Vorhabenträger erfolgen.**

---

zu 13 Innenentwicklung vor Außenentwicklung Antrag auf Aufnahme in das Hessische Dorferneuerungsprogramm Vorlage: VO/1045/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Im Bau- und Planungsausschuss hat die SPD-Fraktion einen neuen Punkt 3 in die Vorlage eingefügt. Der Punkt hat folgenden Inhalt:

3. **Davon unberührt bleibt der Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung, weiterhin maßvolle Baulandausweisungen zur Deckung des lokalen Eigenbedarfs zuzulassen.**

In dieser ergänzten Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die Stadt Marburg stellt zur Weiterführung des Projektes „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ einen Antrag auf Aufnahme der gesamten Marburger Außenstadtteile in das Hessische Dorferneuerungsprogramm.**

2. **Um dem Ziel der Innenentwicklung nicht entgegenzuarbeiten, sollen keine konkurrierenden Baugebiete in den Außenstadtteilen ausgewiesen werden.**

3. **Davon unberührt bleibt der Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung, weiterhin maßvolle Baulandausweisungen zur Deckung des lokalen Eigenbedarfs zuzulassen.**

---

zu 14 Erschließungsbeiträge nach dem Baugesetzbuch (BauGB) Verzicht auf die Anlegung von Gehwegen in verschiedenen Straßen Vorlage: VO/0947/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Auf die Anlegung von herkömmlichen Gehwegen wird in den nachstehend aufgeführten Straßen verzichtet:

I. Auf einer Straßenseite

1. <u>Kernstadt/Stadtteil Wehrda</u>
1.1 Afföllerstraße, Abschnitt von Grundstückseinfahrt Hs.-Nr. 65 in nördlicher Richtung bis Unterführung B3a einschließlich Stichstraße Flurstück 183 (mit Ausnahme von ca. 20,00 m im Bereich der Bushaltestelle am Messeplatz)

2. <u>Stadtteil Cappel</u>
2.1 Simmestraße, Abschnitt von Hs.-Nr. 23 bis Bestand gegenüber der Einmündung Auf dem Halmburger

II. Auf beiden Straßenseiten

1. <u>Stadtteil Cappel</u>
1.1 Auf dem Halmburger

2. <u>Stadtteil Haddamshausen</u>
2.1 Am Wittelsberg

3. <u>Stadtteil Hermershausen</u>
3.1 Zückenberg, Abschnitt zwischen Hermershäuser Straße und Hs.-Nr. 4

4. <u>Stadtteil Schröck</u>
4.1 Blütenstraße
4.2 Markthöhe, Abschnitt von Blütenstraße bis Vinzentinerinnenweg

5. <u>Stadtteil Wehrda</u>
5.1 Auf der Grube
5.2 Magdeburger Straße, Stichstraße Hs.-Nrn. 12 - 52

Der Abweichungsbeschluss ist durch "Amtliche Bekanntmachung" in der Oberhessischen Presse zu veröffentlichen.

---

zu 15 Benennung eines Platzes nach der Künstlerin und Kommunalpolitikerin Louisa Biland Vorlage: VO/1011/2012

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Benennung.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der im beigefügten Plan gekennzeichnete Platz vor dem Hessischen Landestheater Marburg und der Musikschule Marburg erhält den Namen

Louisa-Biland-Platz.

Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

---

zu 16 Übernahme einer Bürgschaft für die GeWoBau hier: 99.500 € für das Solarstromprojekt Vorlage: VO/1069/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg übernimmt gemäß § 104 Abs. 2 i. V. m. § 51 Ziff. 15 HGO eine Ausfallbürgschaft für die Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH (GeWoBau) bis zur Höhe von 99.500 €.

Die Bürgschaft dient zur Sicherung der Einlagen der Privatanleger im Photovoltaik-Projekt 2011.

Für die Bürgschaft hat die GeWoBau eine Bürgschaftsprovision von 0,5 % des jeweils verbürgten Restbetrages zu leisten.

Die Bürgschaft bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

---

zu 17 Dringlichkeitsanträge

---

zu 18 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

---

zu 18.1 Antrag des KiJuPa betr. Beleuchtung im Taubenweg Vorlage: VO/1083/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, eine Überprüfung der Beleuchtungssituation im Taubenweg zu veranlassen.

---

zu 19 Anträge der Fraktionen

---

zu 19.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Situation Sportstätten insbesondere Hallen/ Sanierung Richtsberghalle Vorlage: VO/0952/2012

Die Vorlage wird vertagt bis zur April-Sitzung.

---

zu 19.5 Antrag der Bürger für Marburg betreffend Aufhebung der Zone 30 im Wehrdaer Weg Vorlage: VO/0968/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL, BfM und Piraten Partei, sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 19.6 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Unterstützung der Initiative „Steuer gegen Armut“ durch die Stadt Marburg Vorlage: VO/0988/2012

Der Antrag wird vertagt bis zur April-Sitzung.

---

zu 19.7 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verbesserung der Parkplatzsituation in der Marburger Innenstadt Vorlage: VO/0993/2012

Der Antrag wird vertagt bis zur April-Sitzung.

---

zu 19.8 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Entwicklung von Modellen zur finanziellen Beteiligung der Marburger Bürgerinnen und Bürger an Windenergieanlagen
Vorlage: VO/1000/2012

Der Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit dem TOP 19.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Entwicklung des Windkraftstandortes Marburg-Wehrda VO/0618/2011 aufgerufen und beraten.

---

zu 19.9 Antrag der Bürger für Marburg betr. Finanzierung einer Tiefgarage zwischen Biegenstraße und Pilgrimstein
Vorlage: VO/1002/2012

Der Antrag wird vertagt bis zur April-Sitzung.

zu 19.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Beitritt Kampagne Vermögensteuer jetzt!
Vorlage: VO/1044/2012

Der Antrag wird vertagt bis zur April-Sitzung.

---

zu 19.11 Antrag der MBL-Fraktion betrifft: Gesamtkonzept Schloss
Vorlage: VO/1054/2012

Der Antrag wird vertagt bis zur April-Sitzung.

---

zu 19.12 Antrag der MBL-Fraktion betr. Fußläufige Verbindung zwischen Haltestelle Stadtbüro und Till Dawn
Vorlage: VO/1060/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von MBL, FDP, Piraten Partei und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 19.13 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Stellenabbau am Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) ist zu verhindern. Vorlage: VO/1070/2012

Der Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit dem TOP 19.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Universitätsklinikum Gießen Marburg UKGM VO/0966/2012 und TOP 19.22 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Universitätsklinikum Gießen und Marburg VO/1157/2012 aufgerufen und beraten.

---

zu 19.14 Antrag der SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktionen betr. Baulandabrundungen in den Außenstadtteilen Vorlage: VO/1071/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat möge berichten, wie sich die kleineren neuen Bebauungsgebiete in den Außenstadtteilen entwickelt haben und insbesondere, ob das ursprünglich verfolgte Ziel, die Binnennachfrage damit zu bedienen erfolgreich war.
Er möge weiterhin Auskunft erteilen, ob und ggf. welche Ortsbeiräte in letzter Zeit ihr Interesse signalisiert haben, in einer zweiten Runde der Ausweisung von Bebauungsplänen berücksichtigt zu werden.

---

zu 19.15 Antrag der SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktionen betr. Fahrradweg Uferstraße Vorlage: VO/1072/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat möge prüfen, ob es machbar ist, von der Uferstraße nördlich

des Stronskysteges einen Verbindungsweg auf den neuen Fahrradweg an der Lahn in Richtung Drehbrücke zu bauen und zu ermitteln, ob und wie dies mit angemessenem Aufwand möglich ist.

---

zu 19.16 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Solarkürzungen Vorlage: VO/1077/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann beantragt die getrennte Abstimmung der Ziffern 1 und 2 des Beschlusstenors. Dagegen wird nicht gesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst zu Ziffer 1 einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die Universitätsstadt Marburg unterstützt die Initiative der Hessischen Landesregierung "Sonnenenergie leuchtet uns ein".**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst zu Ziffer 2 bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken, CDU und Piraten Partei sowie Nein-Stimmen von FDP, BfM und MBL folgenden Beschluss:

2. **Die Universitätsstadt Marburg fordert die Hessische Landesregierung auf, den von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen und Veränderung im Bereich der Förderung von Photovoltaik im Bundesrat nicht zuzustimmen.**

---

zu 19.17 Antrag der CDU-Fraktion betr. Neubauplanungen Sporthalle jetzt vorantreiben Vorlage: VO/1081/2012

Die Vorlage wird vertagt bis zur April-Sitzung.

---

zu 19.18 Antrag der CDU-Fraktion betr. Ausbau Rotenberg Vorlage: VO/1082/2012

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss wie folgt ergänzt worden:

Der Magistrat wird aufgefordert, den Ausbau des Fußweges am Rotenberg

zwischen Elisabethenhof und Ortseingang Wehrshausen zu planen und schnellstmöglich zu realisieren, **wenn die Förderung nach dem Gemeindeförderungsgesetzt vorliegt.** Im gleichen Zug ist der Ausbau eines Radweges zu prüfen.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu diesem Antrag mit der Maßgabe, dass das eingefügte Wort „Gemeindeförderungsgesetzt“ durch „Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzt“ abgeändert werden soll.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die vom Bau- und Planungsausschuss beschlossene Fassung des Antrages zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, den Ausbau des Fußweges am Rotenberg zwischen Elisabethenhof und Ortseingang Wehrshausen zu planen und schnellstmöglich zu realisieren, wenn die Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzt vorliegt. Im gleichen Zug ist der Ausbau eines Radweges zu prüfen.

---

zu 19.19 Antrag der FDP-Fraktion betr. Hauptsatzung Vorlage: VO/1087/2012

Der Stadtverordnetenvorsteher führt aus, dass der Antrag vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat zur Beratung überwiesen wurde. Der Antrag soll dort im Zusammenhang mit der erforderlichen Hauptsatzungsnovellierung erneut beraten werden.

Der Antrag wird an den Ältestenrat überwiesen.

---

zu 19.20 Antrag der Piraten-Partei betr. Bushaltestelle Erlenring Vorlage: VO/1088/2012

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist,

die am Bürgersteig gelegene Bushaltestelle Erlenring der Linien 6, 8, 9 und 10 in Richtung Kurt-Schumacher Brücke zu verbreitern, oder geringfügig zu versetzen.

---

zu 19.21 Antrag der FDP-Fraktion betr. SEG Vorlage: VO/1091/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Wie der Oberbürgermeister berichtet hat er bereits schriftlich im Sinne der Antragstellung berichtet. Insofern ist die Vorlage erledigt. Eine Abstimmung erübrigt sich daher. Der schriftliche Bericht des Oberbürgermeisters liegt dieser Niederschrift als **Anlage** bei.

---

zu 19.22 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Universitätsklinikum Gießen und Marburg Vorlage: VO/1157/2012

Der Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit dem

TOP 19.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Universitätsklinikum Gießen Marburg UKGM VO/0966/2012 und

TOP 19.13 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Stellenabbau am Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) ist zu verhindern VO/1070/2012 aufgerufen und beraten.

---

zu 20 Kenntnisnahmen

---

zu 20.1 Festsetzung eines Hebesatzes für die Kreisumlage Vorlage: VO/1040/2012

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Ausschuss hat die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Auch die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Das Verwaltungsgericht Kassel hat am 14. Februar 2012 einer Klage des Landkreises Kassel stattgegeben, in der dieser sich gegen eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes gewehrt hatte, zu der das Regierungspräsidium Kassel als Aufsichtsbehörde ihn zwingen wollte.

Wegen der rechtsgrundsätzlichen Bedeutung hat die Kammer die Berufung zum Hessischen Verwaltungsgerichtshof zugelassen.

Wegen der rechtsgrundsätzlichen Bedeutung wird die Stadtverordneten-versammlung gebeten, von dem in der Begründung näher ausgeführten Sachverhalt Kenntnis zu nehmen.

---

zu 20.2 Energiebericht Gebäudewirtschaft Vorlage: VO/1056/2012

Der Energiebericht Gebäudewirtschaft ist im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den als Anlage beigefügten Energiebericht des Fachdienstes Gebäudewirtschaft für die Jahre 2008 bis 2010 zur Kenntnis.

---

zu 20.3 Finanzierung ökologischer Investitionen in der Region durch die Sparkasse Marburg - Biedenkopf Vorlage: VO/0998/2012

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Stellungnahme des Vorstandes der Sparkasse Marburg-Biedenkopf zur Finanzierung ökologischer Investitionen in der Region zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 20:59 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen Nr. 18-28
Dringlichkeitsanträge
Bericht zu TOP 19.21

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 11.04.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Wieland Stötzel
Rollwiesenweg 2 a

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2012
hier: Frage Nr. 18

Wann ist mit einer Vorlage zum Beschluss über die Entschädigung der Mitglieder des Beirates für Stadtgestaltung zu rechnen und sind entsprechende Haushaltsmittel bereits vorgesehen?

Sehr geehrter Herr Stötzel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 19.03.2012 folgenden Beschluss gefasst:

„Den neuen Mitgliedern des Beirates für Stadtgestaltung soll ein Tagessatz in Höhe von 500,00 € angeboten werden."

Die entsprechenden Haushaltsmittel sind noch nicht vorgesehen. Die Stadtverordnetenversammlung soll vor der Berufung der Beiratsmitglieder um die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Ausgabe gebeten werden.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 11.04.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Winfried Kissel
An der Berghecke 10

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2012
hier: Frage Nr. 19

Wie hoch waren die Kosten, die für Entfernungen von Graffitis und wildem Plakatieren im Jahre 2011 entstanden sind?

Sehr geehrter Herr Kissel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Vom Fachdienst Tiefbau wurden 2.014,63 € an externe Firmen für die Beseitigung von Graffitis bezahlt.
Im Jahre 2011 sind dem DBM Kosten i. H. v. ca. 20.000 Euro für das Entfernen von wilden Plakatierungen und Graffitis entstanden.

Zuständige Dezernenten: Bürgermeister Dr. Kahle und Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 11.04.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Roger Pfalz
Magdeburger Straße 31

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2012
hier: Frage Nr. 20

Mit welchen Maßnahmen geht die Stadtverwaltung gegen wildes Plakatieren vor?

Sehr geehrter Herr Pfalz,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Stadtverwaltung geht mit allen rechtlich möglichen Mitteln gegen wildes Plakatieren vor.
Werden Plakate, die ohne Erlaubnis angebracht worden sind, von unseren Außendienstmitarbeitern entdeckt oder werden wir von Bürgerinnen oder Bürgern darauf hingewiesen, so werden die Plakate umgehend entfernt.
Ist die für die illegale Plakatierung verantwortliche Person bekannt, so werden die Kosten für die Entfernung der Plakate in Rechnung gestellt bzw. es wird ein Bußgeldverfahren eingeleitet.
Da die Ordnungspolizei nicht immer überall sein kann, sind wir dankbar für jeden Hinweis.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 11.04.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Winfried Kissel
An der Berghecke 10

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2012
hier: Frage Nr. 21

Sieht der Magistrat den überdimensionierten Blumentopf (mit Baum) am Firmaneiplatz als eine Zierde für unsere Stadt an?

Sehr geehrter Herr Kissel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der Baum im Blumentopf ist eine provisorische Lösung bis der Firmaneiplatz im Rahmen der Umfeld-Umgestaltung der Elisabethkirche umgebaut wird.

Leider lädt die Fläche des großen „Blumentopfes" zum wilden Plakatieren ein und das sieht tatsächlich nicht gut aus. Eine Reinigung wird kurzfristig durchgeführt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 11.04.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Philipp Stompfe
Annablickweg 12

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2012
hier: Frage Nr. 22

Wann wird die ausgeholzte Waldstrecke zwischen Bauerbach und den Lahnbergen wieder aufgeforstet und welche Bäume sind dafür vorgesehen?

Sehr geehrter Herr Stompfe,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der angesprochene Wald ist im Eigentum des Landes Hessen und wird von Hessen-Forst bewirtschaftet. Die Stadt Marburg hat keinen Einfluss auf die Bewirtschaftung dieser Flächen.

Auf Nachfrage bei Hessen-Forst, Revierförsterei Bauerbach, wurde mitgeteilt, dass eine Aufforstung nicht vorgesehen ist. Die Prozesse der Naturverjüngung reichen vollständig aus, um wieder einen geschlossenen Wald aufzubauen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 11.04.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Roger Pfalz
Magdeburger Straße 31

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2012
hier: Frage Nr. 23

Der Magistrat möge mitteilen, wie die Auslastung des Parkhauses am Pilgrimstein im Jahr 2011 war und wie die des Parkplatzes auf dem ehemaligen Brauereigelände.

Sehr geehrter Herr Pfalz,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Das Parkhaus Oberstadt im Pilgrimstein hat 240 Stellplätze, davon sind 2 Stellplätze für Behinderte und 10 Stellplätze für Frauen reserviert.
Die Auslastung des Parkhauses Oberstadt lag im 1. Quartal 2011 werktags zwischen 50 und 60 %, im restlichen Jahr zwischen 65 und 75 %, in der Nacht sank die Auslastung auf etwa 20 %.
An allen Samstagen, sowie an allen Werktagen in der Zeit vom 15. November bis zum 23. Dezember 2011 lag die Auslastung bei 95 bis 100 %.
Der Parkplatz „Alte Brauerei" auf dem ehemaligen Brauereigelände hat 130 Stellplätze, davon sind 3 Stellplätze für Behinderte reserviert.
Der Parkplatz war werktags spätestens ab 10 Uhr morgens bis etwa 22 Uhr nachts zu 100 % ausgelastet. In der Nacht sank die Auslastung auf 30 - 40 %.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 11.04.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau
Stadtverordnete
Karin Schaffner
Rentmeisterstraße 30

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2012
hier: Frage Nr. 24

Wie viele Studenten haben sich in 2011 als Bürger Marburgs beim Einwohnermeldeamt angemeldet?

Sehr geehrte Frau Schaffner,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Bei der Anmeldung des Wohnsitzes wird der Beruf oder der Grund für den Zuzug nicht erfragt. Es lässt sich daher nicht genau sagen, wie viele Studenten sich tatsächlich angemeldet haben.
Allerdings erhalten alle Studierenden, die erstmals die Hauptwohnung in Marburg anmelden, das Willkommensgeschenk " @ home in Marburg" (100 Euro, 1 Gutschein für das AquaMar und 1 Gutschein für das Cineplex).

Davon haben in 2011 insgesamt **3160** Studierende Gebrauch gemacht.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 11.04.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau
Stadtverordnete
Karin Schaffner
Rentmeisterstraße 30

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2012
hier: Frage Nr. 25

Wie sind die Parkhäuser am Erlenring und in der Wilhelmstraße ausgelastet?

Sehr geehrte Frau Schaffner,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Am Erlenring gibt es das Parkhaus im Erlenringcenter, das von der Fa. Contipark bewirtschaftet wird.
In der Wilhelmstraße gibt es das City-Parkhaus, das Parkhaus der Sparkasse Marburg-Biedenkopf und das Parkhaus des Kaufhauses Ahrens.

Für diese Parkhäuser können keine Aussagen über die Auslastung gemacht werden.

Das Parkhaus Marktdreieck verfügt über 297 Stellplätze.
Das Obergeschoss mit 97 Stellplätzen war werktags tagsüber zu 70 % ausgelastet und nachts nur zu 1 %. Das Untergeschoss mit 198 Stellplätzen war werktags tagsüber zu 80 % ausgelastet und nachts zu etwa 10 %.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 11.04.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau
Stadtverordnete
Anni Röhrkohl
Am Schlag 5a

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2012
hier: Frage Nr. 26

Wann wird der lt. Aussage des Magistrats im September 2011 neben dem Haus der Jugend zu errichtende Trinkwasserbrunnen aufgestellt?

Sehr geehrte Frau Röhrkohl,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Der Brunnen steht bereits und ist am 16.12.2011 in Betrieb genommen worden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 11.04.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Sascha Klee
Schützenstraße 20

35039 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2012
hier: Frage Nr. 27

Wie beurteilt der Magistrat das Fehlen einer Weiterleitung von der nicht mehr verwendeten Domain www.marburg-stadt.de auf die aktuelle Domain www.marburg.de, obwohl noch Informationsmaterial mit der alten Webadresse online bereitgestellt wird und weiterhin e-Mail Adressen mit der Endung @marburg-stadt.de von den Mitarbeitern verwendet werden?

Sehr geehrter Herr Klee,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Bei der Domain @marburg-stadt.de handelt es sich um die aktuelle Domain für die **städtischen E-Mail-Adressen**. Daher ist es richtig, dass die städtischen Mitarbeiter die Endung @marburg-stadt.de in ihren E-Mail-Adressen verwenden.

Ein Webserver wurde unter dieser Domain von der Stadtverwaltung aber noch nie betrieben. In der Vergangenheit gab es immer nur den Web-Server www.marburg.de und nicht www.marburg-stadt.de

In wenigen Ausnahmefällen wurden durch externe Stellen und auch durch städtische Stellen versehentlich die Webadresse www.marburg-stadt.de angegeben bzw. veröffentlicht.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 11.04.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Sascha Klee
Schützenstraße 20

35039 M A R B U R G

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.03.2012
hier: Frage Nr. 28

Im Eingangsbereich des Gebäudes, in dem sich der Fachbereich 4 - Arbeit, Soziales und Wohnen der Stadt Marburg befindet, sind Piktogramme angebracht, die jeweils eine durchgestrichene Flasche und Spritze zeigen. Die Bildunterschriften lauten: „Kein Alkohol" bzw. „Keine Drogen".
Gibt es weitere städtische Gebäude mit diesen Piktogrammen und welche Umstände führten zum Anbringen dieser Zeichen?

Sehr geehrter Herr Klee,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

In den Gebäuden, in denen der Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen räumlich untergebracht war und ist, gelten schon seit Jahren die o.g. Verbote, da zu der dort verkehrenden Klientel auch Personen gehören, die regelmäßig Alkohol und Drogen konsumieren. In der Vergangenheit gab es deshalb bereits Probleme.
Die Verbote waren bisher nur verschriftlicht. Zur besseren Verständlichkeit wurden nun auch Piktogramme verwendet, um auch Menschen, die nicht Lesen können, diese Information zur Verfügung zu stellen.

Ob genau diese Piktogramme auch an anderen Dienststellen zu finden sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Die von der Stadt beauftragte Firma, die das Leitsystem in dem Gebäude Friedrichstraße 36 fertigte, schlug diese Variante vor.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Bürgerliste	Vorlagen - Nr.: VO/1124/2012 Status: öffentlich Datum: 29.03.2012 Eingang: 29.03.2012	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Beratende Gremien:	Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Dringlichkeitsantrag der MBL-Fraktion betr. Stellungnahme des Oberbürgermeisters der Universitätsstadt Marburg zu Presseberichten über Spenden an die Marburger SPD und einen möglichen Zusammenhang mit dem Wahlkampf der Partei und des Oberbürgermeisters

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg wird aufgefordert, zu Presseberichten Stellung zu nehmen, in denen über Spenden an die Marburger SPD berichtet wird, die nahelegen, dass ein Zusammenhang zwischen Spenden und dem Wahlkampf der Partei sowie ihres damaligen Oberbürgermeisterkandidaten besteht.

Begründung:

Auf eine OP Anfrage, ob die Parteien von Unternehmen Spenden für ihren OB- und Kommunalwahlkampf erhalten hätten, kamen mit Ausnahme von der SPD klare Aussagen. Die CDU hat keine Spenden für die Wahlkämpfe über 10 000 € erhalten, den Grünen wurden unbezifferte Spenden für beide Wahlkämpfe angeboten, aber von ihnen abgelehnt. Die kleinen Gruppierungen haben überhaupt keine Spenden erhalten. Für die SPD lagen laut OP von Informanten die Aussagen vor, die Partei habe Beträge in Höhe von 15 000 und 40 000 € erhalten. Diese Informationen wurden zunächst von der Vorsitzenden der SPD bestritten; d. h. sie war entweder nicht informiert, dann hätte sie keine Aussage machen dürfen, oder sie sagte bewusst die Unwahrheit. Später musste der damalige Geschäftsführer und heutige Fraktionsvorsitzende der SPD nach Recherchen in Kassel aber einräumen, dass die Partei 15 000 € erhalten hat. Die Frage der 40 000 € ist noch offen und wartet auf eine Antwort.
OB Vaupel erklärte auf die Frage nach Spenden für seinen Wahlkampf, dass er persönlich keine Spenden angenommen habe.

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.: VO/1157/2012 Status: öffentlich Datum: 30.03.2012 Eingang:	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Beratende Gremien:	Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Universitätsklinikum Gießen und Marburg

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg (UKGM) rückgängig zu machen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Tanja Bauder-Wöhr